

MACHER UND MÄRKTE

Kampfbereit

Einen Arbeitskampf im aktuellen Tarifstreit schließt der Bundesvorsitzende der Lokführer-Gewerkschaft GDL nicht aus. Sollten die Angebote der Arbeitgeber nicht ausreichend sein, »kann das schnell gehen«, sagte Claus Weselsky der ZEIT. Bislang seien die Gespräche jedoch »konstruktiv, wenn auch etwas langwierig« verlaufen.



GDL-Chef Claus Weselsky kämpft für Einheitslöhne

Die GDL verhandelt derzeit mit der Deutschen Bahn, mit deren privaten Konkurrenten im Nahverkehr und Unternehmen des Schienengüterverkehrs über einen Bundesrahmentarifvertrag. Die Gewerkschaft fordert für alle Lokführer, egal, ob sie im Nah-, Fern- oder Güterverkehr beschäftigt sind, einheitliche Löhne auf dem Niveau der Deutschen Bahn. 90 Prozent aller Lokführer würden bereits danach bezahlt, sagte Weselsky.

Am Montag war beim Tarifstreit im Nahverkehr ein Durchbruch gelungen. Mithilfe des Schlichters und SPD-Politikers Peter Struck einigten sich die Parteien erstmals auf einen Branchentarifvertrag für rund 31 000 Beschäftigte. Die GDL hatte an der Schlichtung nicht teilgenommen.

KEB

Kontrollleurin

Kurz nach der Rettung aus der Insolvenz bekommt Karstadt eine prominente Kontrollleurin: Doris Schröder-Köpf zieht in den Aufsichtsrat der Warenhauskette ein. Ihr Beitritt erhöhe den Frauenanteil des Gremiums »auf 40 Prozent«, teilte das Unternehmen mit. Die ehemalige Politikjournalistin war seit der Heirat mit Altbundeskanzler Gerhard Schröder vorwiegend als Ehefrau und Mutter in Erscheinung getreten.



Neue Aufsichtsrätin: Doris Schröder-Köpf

Nicolas Berggruen dankte ihr für die Bereitschaft, sich »für die Zukunft« seines Unternehmens zu engagieren. Zum Altkanzler unterhält er schon länger Beziehungen: Schröder ist Mitglied des New Yorker Nicolas Berggruen Institutes, eines Thinktanks, der sich der Politikberatung widmet.

HOF

Jobvernichter

Das europäische Satellitennavigationssystem Galileo soll den Europäern dereinst 150 000 Arbeitsplätze beschermen. Nun aber kostet es zunächst einmal Berry Smutny den Job. Der Chef des Bremer Raumfahrtunternehmens OHB-System soll sich laut der norwegischen Zeitung Aftenposten abfällig über Galileo geäußert haben. Dumm nur, dass sein Konzern Hauptauftragnehmer für die ersten 14 Satelliten des Systems ist. Wie durch WikiLeaks bekannt wurde, soll Smutny das Programm als »dumme Idee« bezeichnet haben, die ausschließlich französischen Interessen diene. Einstimmig beschloss der Aufsichtsrat deshalb Smutnys Entlassung und sucht nun einen Nachfolger. Die nächste schlechte Nachricht folgte unmittelbar. In einem Zwischenbericht gab die EU-Kommission zu, dass die Kosten für den Aufbau der Infrastruktur von Galileo um 56 Prozent steigen werden. 5,3 Milliarden Euro soll dieser nun kosten. Smutny soll schon 2009 auf zehn Milliarden Euro Gesamtkosten getippt haben.

TAT

F 1: Gesponsert

Durch den Abgang mehrerer Automobilhersteller während der Wirtschaftskrise hat die Formel 1 Ende 2009 auch große Sponsoren verloren. Im vergangenen Jahr zeichnete sich allerdings eine Trendwende ab, hat Andreas Ullmann, Experte bei der Sponsoringberatung Sport + Markt in Köln, beobachtet: Das zeigen Investments wie die der Großbank UBS oder des Elektronikkonzerns LG.

1,5

Milliarden Euro von Sponsoren flossen 2010 in die Formel 1

»Insgesamt dürften 2010 weltweit zwischen 1,4 und 1,5 Milliarden Euro Sponsoringgelder in die F1 geflossen sein«, sagt Ullmann. Hierbei seien die Partnerschaften der Teams und Rennstrecken sowie Serienpartner, Titelsponsorships und die Werbeverträge der Fahrer berücksichtigt. Fragt sich, ob die jüngste Aufregung um einen Ex-Banker der Anziehungskraft schadet.

DHL



Marcus Mayr, Bauer im Schwarzwald, könnte ohne Subvention auskommen

Teurer Fraß

Fast 100 Milliarden Euro Subventionen kassiert die Landwirtschaft in der EU. Geht es auch ohne? VON CLAAS TATJE

Die Zeichen der Umkehr finden sich zum Beispiel in diesem Ostberliner Hinterhof. Die Fenster und Außenwände sind graffitiverschmiert, geöffnet wird nur auf Klopfzeichen, eine Klingel gibt es nicht. Immerhin klebt ein Plakat an der Tür. »Wir haben es satt« steht darauf. Eine Demo wird da angekündigt, für Sonnabend in Berlin, verbunden mit einem Aufruf zur Umkehr in der Agrarpolitik: »Nein zu Gentechnik, Tierfabriken und Dumping-Exporten.«

Von solchen Kundengebungen sind fürs nächste Wochenende gleich eine Reihe geplant. Auf einen frostigen Empfang können sich Landwirte, Ernährungsindustrielle und Politiker einstellen, die sich von Freitag an zur Grünen Woche, der größten Agrarmesse der Welt, in der Hauptstadt versammeln. 50 Busse sind angemeldet, bis zu 10 000 Demonstranten sollen den Agrarministern die Stirn bieten, über 120 Organisationen sind beteiligt. Ein Volk wendet sich ab von seinen Ernähern.

Gründe dafür gibt es reichlich. Der neueste ist der Dioxin-Skandal, der die Agrarministerin an den Rand des politischen Abgrunds gebracht hat und die Preise für Eier und für Schweinefleisch einbrechen ließ. Länger schon fragen sich Bürger, was da mit ihren Steuern geschieht: Jahr für Jahr verteilen die Staaten der Europäischen Union 100 Milliarden Euro Subventionen an ihre Landwirtschaft, davon 60 Milliarden direkt über Brüssel. Was kriegen sie dafür? Dioxin. Massentierhaltung. Gurken, Tomaten und Melonen, die sich in der Form unterscheiden, aber nicht im Geschmack. Nahrung, deren Gene zum Wohle der Industrie verändert wurden.

Die Bäuerin fragt zurück: »Und was war mit den Banken?«

Diese Frage wird das Wochenende beherrschen: Warum zahlen wir so viel für unsere Bauern und bekommen dafür so wenig zurück? Oder wie es Georg Häusler, der Kabinettschef des Brüsseler Agrarkommissars, sagt: »Auf der einen Seite verspricht die Politik die heile Welt, und auf der anderen Seite sind deutsche Verbraucher gerade konfrontiert mit einem Lebensmittelskandal größten Ausmaßes.« Antworten auf die Frage, was hier grundsätzlich schief läuft, findet man nicht in Berliner Kongresshallen, sondern eher auf dem Land.

So wenig für so viel? Verena Nopper muss schmunzeln, als sie diesen Vorwurf hört. Spontan entgegnet sie: »Und was war mit den Banken?« Aber rechtfertigen muss sich die 50-jährige Juristin dauernd für die Subventionen, seit sie vor mehr als 15 Jahren den Schwarzwaldhof von ihren Eltern übernahm. Seither füllt sie Jahr für Jahr Anträge aus, um Geld von der EU und dem Land Baden-Württemberg zu bekommen. Ein schlechtes Gewissen hat sie deswegen nicht. Sie tut schließlich etwas für ihr Geld, und zwar sieben Tage die Woche. Der vorerst letzte Urlaub war die Hochzeitsreise nach Bad Ischl. 16 Jahre ist das her.

Ein einziger Stall steht neben dem Wohnhaus, darin sind 44 Milchkuhe und weibliche Nachzucht untergebracht, insgesamt rund 100 Tiere vom kleinen Kalb bis zur ausgewachsenen Kuh. Das aber ist längst nicht alles. Verena Nopper bewirtschaftet mit ihrem Mann Marcus Mayr auch gut 50 Hektar Land, 38 davon haben sie gepachtet. Braucht dieser Hof Subventionen? »Nein«, sagt Nopper, »wir könnten darauf verzichten.« Ihr Mann kommt aus dem Stall, stemmt seine Hände in die Hüfte und sagt: »Ich brauche doch Brüssel nicht, um hier meine Milch zu verkaufen.«

Trotzdem bekommt der Betrieb seine Finanzspritze. Pro Hektar Land sind das rund 340 Euro im Jahr, hinzu kommen 2500 Euro vom Land Baden-Württemberg für die Bewirtschaftung des Grünlands in Steillagen und weil auf den Wiesen nur zwei Kühe pro Hektar grasen. Am Ende sind das nach Noppers Schätzungen rund 22 000 Euro im Jahr, also rund

60 Prozent des gesamten Betriebseinkommens. Und doch finden Verena Nopper und ihr Mann ganz im Ernst, dass Landwirte das schaffen könnten – ein Leben ohne Staatshilfe. Sie brauchen ein paar Jahre, um sich umzustellen, doch den meisten könnte es dann gelingen. Marcus Mayr sagt, dass sich die Landwirte eben zusammen tun müssten: gemeinsam größere Ställe bauen und Melkmaschinen betreiben, sich Arbeitskräfte teilen, insgesamt die Milchproduktion intensivieren. Die Möglichkeiten, zu sparen, seien gewaltig. »Hier aber denkt jeder, der Betrieb ist seit dem 15. Jahrhundert in Familienbesitz und soll es auch bleiben.« Angst und Bauernstolz führten dazu, dass sich viele Betriebe der Marktwirtschaft verschlossen, sagt der Mann, der sich selbst einen »Kuhprofi« nennt.

Der Kuhprofi Mayr verkauft neuerdings gentechnikfreie Milch an die Molkerei Schwarzwaldmilch. Möglich ist das auch, weil die Familie einen Großteil des Futters selbst produziert. Die beste Versicherung gegen Panschbetriebe. Und dagegen, dass jemand Dioxin oder Genmais ins Futter mischt. Die Milch der Molkerei sei gefragt, sagt Mayr, die Preise lägen bundesweit im oberen Drittel. Damit das so bleibt, kümmert er sich täglich darum, dass in den Trögen die Mischung aus Maissilage und Heu stimmt.

Der Betrieb wäre aber ein anderer, wenn kein Geld aus Brüssel mehr käme. »Zunächst einmal würden wir die Bewirtschaftung der steilen Bergwiesen aufgeben«, sagt Nopper. Im nächsten Schritt würden sie wohl mehr Mais oder Getreide anbauen, auch Weidengehölze, aus denen dann Pellets zum Heizen gehäckselt werden können. Der Anbau von Beerenobst könnte sich auch lohnen.

»Manche Höfe müssten die Bewirtschaftung wohl aufgeben«, vermutet die Landwirtin, ihrer nicht. Hänge würden sich selbst überlassen, die Milch würde teurer. »Der Schwarzwald würde sein Gesicht verlieren«, sagt Nopper. Am Ende könnten sogar die Touristen wegbleiben, glaubt sie. Tatsächlich dient nur ein geringer Teil der Subventionen der Landschaftspflege. Mit fast 40 Milliarden Euro stützt der Staat per pauschaler Direktzahlung je Hektar vor allem eines: die Massentierhaltung. Der Betrag steigt und steigt nach dem Motto: Die Masse macht's, die Größe zählt. 20 Prozent der Betriebe erwirtschaften heute 80 Prozent der gesamten Produktion. Diese 80 Prozent werden auch mit ungefähr 80 Prozent der Direktzahlungen innerhalb der EU belohnt. Die 20 Prozent drücken wegen ihrer Größenvorteile in der Produktion am Ende auch die Preise vom Landwirt Mayr. Das ist eines der Grundprobleme der Subventionspolitik.

Zwar sei die Landwirtschaft in diesen Tagen Opfer von kriminellen Handlungen, gibt der Brüsseler Beamte Häusler zu. Aber man könne ebenso sagen, dieser Skandal habe seine Ursache auch im System: »Schließlich wird im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik auch intensive industrielle Landwirtschaft wie in Niedersachsen gefördert.« In der Tierhaltung wird das besonders deutlich. Fast 3,8 Millionen Mast Schweine weist der jüngste Agrarbericht allein für Niedersachsen aus, ein Kernland großer Betriebe. Fleischfabriken entstehen, zum Beispiel jene der Celler Land Frischgeflügel GmbH. Die Firma plant einen Neubau zwischen Nieburg und Celle. Am Ende würden pro Arbeitsstunde 27 000 Hähnchen geschlachtet. Das sind 15 halbe Hähnchen pro Sekunde. Allein auf deutschen Tälern können sie nicht landen. Betriebe wie die Celler Land Frischgeflügel werden mit Steuergeld

gefördert, obwohl sie so günstig produzieren können, dass sich sogar Exporte nach China lohnen.

Im Zusammenspiel mit den Discountern diktierten solche Fleischfabriken in Deutschland oft die Preise. Und mit ihren Preisen prägen sie die Erwartungen der Verbraucher: Die Deutschen haben sich daran gewöhnt, dass Grundnahrungsmittel wie Fleisch, Eier und Milch laufend billiger werden. Für ein Kilo Schweinekotelett hat der Durchschnittsverdienter 1970 umgerechnet 96 Minuten gearbeitet. Heute sind es nur 23 Minuten. Stattdessen geben viele Deutsche ihr Geld lieber für Internet, Handy und Wellnessmassagen aus. In der Landwirtschaft ist der Kostendruck so groß, dass kriminelle Machenschaften zum System gehören«, sagt die Grünen-Bundestagsabgeordnete Ulrike Höfken.

All das ist es, worüber sich am nächsten Wochenende die Demonstranten ereifern werden. »Der Dioxin-Skandal ist nur der jüngste Beleg dafür, dass dieses System aus dem Ruder gelaufen ist«, sagt Hubert Weiger, als er das Ostberliner Demo-Büro besucht. Weiger ist Vorsitzender des Bunds für Umwelt und Naturschutz (BUND). Er weiß, dass Dioxine und andere Gifte in Fleisch, Geflügel und Eiern keine zwingende Folge von Massentierhaltung sind. Doch diese »Agrarfabriken«, wie Weiger sie nennt, hätten das Denken der Verbraucher gefährlich verändert. Es geht ihm nicht nur um die Geflügel- oder Schweinemast: »Wenn ein Liter Milch im Supermarkt bisweilen weniger kostet als ein Liter Markenwasser, dann stimmt etwas nicht in Deutschland.«

Stephan von Cramon-Taubadel gehört zu denen, die die Subventionen am liebsten ganz abschaffen würden. Er glaubt, nur wenn die Landwirtschaft wieder die Marktwirtschaft entdecke, könne die Wende gelingen. In vielen Ländern hat der Göttinger Agrarökonom der Subventionspolitik nachgespürt, so fest gewachsen wie in Europa ist sie an kaum einem Ort. Als von Cramon-Taubadel 1962 geboren wurde, waren die Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik schon festgelegt. Bis heute sollen Subventionen unter anderem »die Versorgung sicherstellen« und »für die Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen Sorge tragen«.

Grund zur Sorge gibt es da kaum noch. 1950 war jeder vierte Arbeitnehmer in der Landwirtschaft beschäftigt, heute jeder fünfundzwanzigste. Ihr Anteil an der Wertschöpfung schrumpfte von über zehn auf unter ein Prozent. Nur die Subventionen blieben. »Es gibt überhaupt keinen Zweifel daran, dass die Nahrungsversorgung in Europa gesichert ist«, sagt von Cramon-Taubadel. »Es ist viel wahrscheinlicher, dass uns jemand den Gashahn zudreht, als dass uns ein anderes Land keine Lebensmittel mehr liefert.« Und überhaupt: Nur Futtermittel müssten wir tatsächlich noch importieren. Der hohe Fleischkonsum in vielen EU-Ländern sei dafür verantwortlich. Würde man den reduzieren, gäbe es so gut wie gar keine Abhängigkeit von Importen mehr.

In der Welt ohne Subventionen wäre Georg Häusler seinen Job wohl los. Der Österreicher leitet das Kabinett des Agrarkommissars. Und noch in diesem Jahr werden die Weichen gestellt für die Agrarpolitik bis 2020.

Im November präsentierte Agrarkommissar Dacian Cioloş die Grundzüge in Brüssel. Da sind mutige Schritte geplant. Die Höhe der Direktzahlungen – die bisher etwa die Hälfte des EU-Haushalts verschlingen – soll gedeckelt werden. Die

Landwirte sollen auf andere Weise ihr Geld erhalten. Der Rumäne Cioloş hat in seiner Heimat erlebt, wie es ist, wenn man den Markt nicht gewöhnen lässt. Nun will er es anders machen. Besser.

Kleinbetriebe sind den Discountern oft ausgeliefert

Vor allem sollen Landwirte einen größeren Anteil an der Produktionskette für Nahrungsmittel erhalten. Im Augenblick landen von einem Euro, den Verbraucher für Lebensmittel ausgeben, am Ende 21 Cent beim Landwirt. 1950 waren es noch 62 Cent. Den Rest teilen sich in der Hauptsache Veredler wie Danone, Nestlé oder Burger King mit den Vertreibern wie Aldi und Lidl. Während große Höfe durchaus auf Augenhöhe verhandeln, sind Kleinbetriebe den Discountern oft ausgeliefert. Die EU-Kommission hat gerade eine Expertengruppe eingerichtet, die die Position der Landwirte wieder stärken soll. Schließlich will die Kommission Landwirte für freiwillige Umweltschutzmaßnahmen belohnen.

Die Experten der Brüsseler Kommission haben drei Politikoptionen bis 2020 in ihrem Strategiepapier herausgeschält. Die erste lässt alles beim Alten. Mit der zweiten Option, die dem Vernehmen nach von der EU-Kommission favorisiert wird, würden die Pauschalhilfen, die vor allem den Großen helfen, wieder abgeschafft. Option Nummer drei ist die große Wende der gemeinsamen Agrarpolitik »mit einem starken Fokus auf Umwelt- und Klimazielen, während die Einkommensstützung sowie die meisten marktbezogenen Maßnahmen schrittweise eingestellt würden«. Mehr Sprengstoff war selten zu finden in Brüssel, doch den Politexperten Häusler lässt diese Debatte ziemlich kalt. Seiner Einschätzung nach gibt es ein bisschen Option zwei, mehr nicht.

»Was würde denn geschehen, wenn wir ganz mutig entscheiden, alle EU-Subventionen laufen 2020 aus?«, fragt er. Dann, so Häuslers Vermutung, würde Deutschland nicht sechs Milliarden Euro für die Landwirtschaft ausgeben, sondern acht. Österreich nicht zwei, sondern drei, und in Spanien würde wahrscheinlich der Markt entscheiden. »In manchen Staaten ist Landwirtschaft eine nationale Priorität, in anderen nicht«, sagt Häusler.

Vergangene Woche ist Häusler nach München geflogen. Er hat den Mann getroffen, der dafür sorgte, dass sich an den Prioritäten nichts ändert: Gerd Sonnleitner, Präsident des Deutschen Bauernverbandes. Manchmal kommt Sonnleitner den Brüsseler Ideen entgegen. Derzeit nicht. 70 Stunden die Woche kämpft der Landwirt für seinen Berufsstand, seinen 100-Hektar-Hof im bayerischen Passau bewirtschaften längst andere. Verkaufen wird er ihn nie, seit dem 13. Jahrhundert ist der Bauernhof im Familienbesitz.

Wie sähe es ohne die Subventionen aus, Herr Sonnleitner? Antwort: »Deutschland und weite Teile Europas würden ihr Gesicht verlieren. Europa ist mit der gemeinsamen Agrarpolitik zusammengewachsen. Nie gab es Lebensmittel in dieser Vielfalt, Qualität und Sicherheit und zu dem Preis.«

Der Funktionär Sonnleitner wollte nie Politiker werden, aber als Jongleur unterschiedlicher Interessen ist er ein Meister. Da sind die Riesenbetriebe im Norden, dazu Schwarzwaldbauern wie der Sonnenhof von Familie Nopper. Und zugleich muss er die deutschen Bauern gegen Höfe aus Osteuropa verteidigen. Denn auch die neun Millionen Betriebe der zehn neuen EU-Mitglieder wollen an die Brüsseler Milliarden. Der gemeinsame Nenner ist der Status quo. »Boden, Luft und Wasser sind so sauber wie noch nie in der Menschheitsgeschichte«, sagt der Bauernpräsident. Weiter so, heißt das. Obwohl die Landschaftspflege zu kurz kommt. Und die unbegrenzte Förderung von Masse und Größe Fehl-anreize setzt. Und die Menschen zu viel Fleisch essen, um Europa unabhängig zu machen.

Das ist das Schöne an der so schwer durchschaubaren Subventionspolitik. Der Kunde ist wirklich König.



Fotos: Stefan Preißner für DIE ZEIT; www.stefanpreisser.de; Klein: Frank Brunk/AB; Dornier/DAVIDS (v.o.); ZEIT-CG/Quelle: Statistisches Bundesamt